



Innenausschuss (28.) und Integrationsausschuss (29.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

17. Januar 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:00 Uhr bis 12:30 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU) (IA)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkt:

Prävention und Repression – Für eine stimmige Gesamtstrategie gegen Salafismus in Nordrhein-Westfalen

3

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/2750

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/3730

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

Innenausschuss (28.)

17.01.2019

Integrationsausschuss (29.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Vorsitzender Daniel Sieveke: Meine Damen und Herren! Ich darf Sie alle recht herzlich begrüßen.

Ich begrüße die Mitglieder des Integrationsausschusses, deren Vorsitzende leider nicht an dieser Sitzung teilnehmen kann. Ich begrüße die Mitglieder des Innenausschusses, die Sachverständigen, die der Einladung zur heutigen Anhörung gefolgt sind, etwaig anwesende Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung, aber vor allem Sie, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer und Vertreterinnen und Vertreter der Medien.

Die Einberufung des Ausschusses erfolgte mit der Sitzungseinladung 17/582 – Neudruck – vom 17. Dezember 2018. Ich gehe von Ihrem Einverständnis mit der Tagesordnung aus.

Wie Sie alle wissen, haben wir im Innenausschuss den Grundsatzbeschluss gefällt, dass unsere Anhörungen live per Videostream übertragen werden. Die Sachverständigen haben sich mit dieser Regelung einverstanden erklärt.

Der einzige Tagesordnungspunkt heute lautet:

Prävention und Repression – Für eine stimmige Gesamtstrategie gegen Salafismus in Nordrhein-Westfalen

Antrag

der Fraktion der CDU und

der Fraktion der FDP

Drucksache 17/2750

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD und

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 17/3730

– Anhörung von Sachverständigen (*s. Anlage*)

Ich danke den Sachverständigen für die vorab schriftlich eingereichten Stellungnahmen. Wie bereits im Einladungsschreiben mitgeteilt, ist ein Eingangsstatement nicht vorgesehen, die Abgeordneten werden sich vielmehr direkt mit Fragen an Sie wenden. Ich werde zunächst allen Fraktionen einmal die Möglichkeit geben, Fragen zu stellen, die Sie dann bitte en bloc beantworten.

Ich darf noch den Hinweis geben, dass Herr Marwan Abou-Taam vom Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz offiziell verhindert ist.

Darüber hinaus möchte ich darauf aufmerksam machen, dass wir dieses Thema in der letzten Wahlperiode schon einmal behandelt haben und die Sachkenntnisse der

Abgeordneten in die Beratungen über den Antrag und den Entschließungsantrag eingeflossen sind und weiterhin einfließen werden.

Dietmar Panske (CDU): Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Kiefer, Herr Küçük, herzlichen Dank, dass Sie heute an der Anhörung teilnehmen. Herzlichen Dank auch für die Stellungnahmen, die die CDU-Fraktion entsprechend ausgewertet hat. Meine weitergehenden Fragen richten sich an Sie beide.

Die erste Frage: Die Prozesse der Radikalisierung und das Spektrum des Salafismus verändern sich stetig. Experten sprechen mittlerweile schon von einer zweiten Generation von Salafisten, die immer weniger religiös, dafür aber politischer und gewaltorientierter sind. Die Szene verändert sich und passt sich auch aufgrund staatlicher Maßnahmen an. Herr Dr. Kiefer, Sie führen aus, dass Forschungsergebnisse bislang keinen Bezug auf Praxisfelder genommen haben und auch keine Relevanz für die Arbeit der pädagogischen Fachkräfte erkennbar gewesen ist. Ist es mit Blick auf diese Veränderungsprozesse in der Szene nicht wichtig, dass die Praktiker aus Polizei, Verfassungsschutz, Justizvollzug und viele andere Akteure wissenschaftlich und unmittelbar begleitet werden?

Die zweite Frage: Durch die hohe Anzahl an laufenden Verfahren und Verurteilungen von Anhängern der extremistisch-salafistischen Szene kommt der Gefangenenhilfe in der Zukunft eine wesentliche Bedeutung zu. Von einer zunehmenden Einflussnahme in Justizvollzugsanstalten ist auszugehen. Wie bewerten Sie diese Entwicklung, und haben Sie möglicherweise auch Lösungsansätze?

Die dritte Frage: Einem strikt zweigeteilten Rollenbild entsprechend nehmen Frauen in der salafistischen Szene mittlerweile eine entscheidende Rolle ein. Laut Verfassungsschutzbericht ist ein Anstieg der Aktivitäten von Frauen in den sozialen Netzwerken bereits heute wahrnehmbar, feststellbar. Die Frauen ziehen ihre Kinder möglicherweise für die nächste Generation von Salafisten groß. Welchen Ansatz der Prävention und Repression sehen Sie für diesen Bereich?

Marc Lürbke (FDP): Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Dr. Kiefer, Herr Küçük, herzlichen Dank, dass Sie heute an unserer Anhörung teilnehmen; Herr Küçük, Sie waren auch beim letzten Mal schon dabei. Herzlichen Dank für Ihre Stellungnahmen.

Herr Küçük, vielleicht können Sie uns einleitend noch einmal kurz schildern, was das Multikulturelle Forum genau ist und in welchem Zusammenhang es bzw. auch Sie mit Wegweiser stehen.

Sie betonen in Ihrer Stellungnahme, für wie wichtig Sie die Evaluation von Präventionsprogrammen halten. Ich bin da ganz bei Ihnen und würde Sie gerne fragen, ob Sie konkrete Vorschläge haben, wie man solch eine Evaluation überhaupt machen kann. Das ist ja nicht ganz einfach.

In Ihrer Stellungnahme loben Sie Wegweiser als effektives Programm mit Vorbildcharakter. Das verwundert jetzt nicht, wenn Sie einen Bezug zu Wegweiser haben. Das

Innenausschuss (28.)

17.01.2019

Integrationsausschuss (29.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

ist keine Kritik, ich würde das auch machen. Aber wir müssen es natürlich nüchtern und sachlich bewerten. Wenn Sie davon sprechen, dass das Programm effektiv ist, woran machen Sie das konkret fest? Wie belastbar ist solch eine Aussage, bzw. welche Standards gibt es dafür? Wie wird das Ganze dokumentiert? Das zielt auch ab auf die Frage der Evaluation.

Herr Küçük, dann haben Sie in Ihrer Stellungnahme den Mangel an Fachkräften hervorgehoben. Jetzt ist Wegweiser an den verschiedenen Standorten auch recht unterschiedlich aufgestellt. Vielleicht können Sie einmal sagen: Woher kommen Ihre Leute? Welche Expertise und welchen Background haben sie? Für uns ist vor allen Dingen sehr wichtig: Wie könnten wir leichter Fachkräfte, die wir ja brauchen, dafür gewinnen?

Zum Themenkomplex „Schule“: Das ist für uns ein ganz wichtiger Punkt, weil wir unsere Lehrerinnen und Lehrer bestmöglich dabei unterstützen wollen, die Frühwarnzeichen zu erkennen, und verbesserte Hilfestellung geben wollen. Sie haben in Ihrer Stellungnahme geschrieben, dass sich Lehrerinnen und Lehrer an Sie wenden. Wie erfolgt der Kontakt, bzw. sind Sie die Auffassung, dass alle Lehrerinnen und Lehrer in Ihrer Stadt bereits vollumfänglich wissen, dass es Sie gibt und an wen man sich wenden muss? Wie könnte man die Präventionsarbeit an Schulen noch verbessern?

Zur Zusammenarbeit mit dem Jugendamt: Sie befürworten flächendeckende instituti-
onsübergreifende Präventionsprogramme. Würden Sie es daher auch begrüßen, wenn der Austausch zwischen den zuständigen Behörden und insbesondere den Jugendämtern im Sinne einer frühzeitigen Prävention gestärkt wird?

Die letzte Frage in dieser Runde an Sie, Herr Küçük: Wie stehen Sie zu der Einrichtung einer Stabsstelle auf Bundesebene, die dann den Austausch zwischen den Ländern fördert, das Ganze koordiniert und begleitet? Halten Sie das für sinnvoll?

Herr Dr. Kiefer, Sie schreiben in Ihrer Stellungnahme, dass der Wissenstransfer von der Forschung zur Praxis bislang unzureichend sei. Jetzt kommen Sie aus der Forschung. Wie ist denn bei Ihnen der Praxisbezug? Welche Schwierigkeiten gibt es da? Wie stehen Sie vielleicht im Kontakt mit Wegweiser? Warum ist das tatsächlich so schwierig?

Wie stellen Sie sich die Einrichtung eines Forschungsinstituts vor? Haben Sie Ideen, Vorschläge auch zu den möglichen Aufgaben eines solchen Instituts?

Sie schlagen den Umbau von Wegweiser zu umfassenderen Präventionszentren vor. Was genau meinen Sie damit? Ist das mit der Forderung vereinbar, besondere geschlechtsspezifische Angebote zu schaffen?

Zuletzt auch an Sie die Frage nach einer Stabsstelle auf Bundesebene. Wäre es nicht wünschenswert, so etwas auf Bundesebene zu initiieren?

Hartmut Ganzke (SPD): Herr Vorsitzender! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal vielen Dank, Herr Dr. Kiefer und Herr Küçük, dass Sie unserer Einla-

Innenausschuss (28.)

17.01.2019

Integrationsausschuss (29.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

derung gefolgt sind und uns durch die Stellungnahmen in die Lage versetzt haben, vorab etwas zu lesen.

Herr Küçük, mit Ihnen ist jemand hier, der Wegweiser betreibt. Das ist, glaube ich, schon die Antwort auf eine Frage von Herrn Lürbke. Das Multikulturelle Forum betreibt die Geschäftsstelle Wegweiser in Dortmund. Insofern können Sie hier konkret von Ihrer Arbeit berichten.

In der ersten Runde möchte ich zunächst vier allgemeine Fragen an beide Sachverständigen stellen.

Erstens. Wo steht NRW bei der Prävention im Vergleich zu anderen Bundesländern? Können Sie das beantworten? Wenn Sie sagen: „Das weiß ich nicht, ich bin der falsche Ansprechpartner“, dann ist das auch kein Problem.

Zweitens. Wo sind NRW-weit möglicherweise regionale Schwerpunkte bei dem Salafismusproblem? Können Sie aus Ihrer Arbeit heraus sagen, in welchen Gebieten von NRW das eher der Fall ist?

Drittens zum Bereich Mädchen, junge Frauen – der Kollege Panske hat schon darauf hingewiesen –: Wie bewerten Sie die Gefahr, dass zunehmend Mädchen und junge Frauen angesprochen werden? Für wie hoch schätzen Sie diese Gefahr ein? Wie kann man dieser Gefahr begegnen?

Viertens. Ich bin auch der Meinung – Herr Lürbke hat es gesagt, und der Innenminister erwähnt es in jeder Sitzung des Innenausschusses –, dass Wegweiser läuft. Welche konkreten Verbesserungen wurden gerade in den letzten Jahren aufgrund des Projektes Wegweiser erzielt?

Verena Schäffer (GRÜNE): Ich habe eine Frage zum Bereich der Wissenschaft und Forschung. Herr Dr. Kiefer, Sie haben in Ihrer Stellungnahme die Forschung und ein Forschungsinstitut angesprochen. Wir haben in unserem Entschließungsantrag die Idee des Forschungsinstituts aufgegriffen, und zwar so, wie es in der letzten Anhörung von Herrn Professor El-Mafaalani, der als Sachverständiger geladen war, skizziert wurde. Momentan gibt es in Nordrhein-Westfalen schon das Forschungsnetzwerk CoRE. Warum ist das aus Ihrer Sicht nicht ausreichend? Was wären die Vorteile eines solchen Instituts? Damit verbunden ist die Frage, wie darüber der Wissenstransfer in die Praxis funktionieren und gewährleistet werden kann.

Zum Thema „Ausbau von Wegweiser zu Präventionszentren“ – danach hat auch Herr Lürbke schon gefragt –: Wie sollte das ausgestaltet werden?

Ich frage Sie beide: Von der ersten Idee bis Stand jetzt ist der Ausbau der Wegweiser-Stellen in den letzten Jahren enorm schnell vorstattengegangen. Alle Fraktionen haben immer darauf gedrängt, dass Wegweiser ausgebaut werden muss, weil es gut funktioniert, weil es eine gute Institution ist, um Menschen zu beraten. Macht es Sinn, den Ausbau weiterhin in diesem Tempo zu betreiben, oder wäre es nicht sinnvoller, jetzt ein Stück weit innezuhalten, auch vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels, den Herr Küçük in seiner Stellungnahme genannt hat? Sollte man nicht eher darüber

Innenausschuss (28.)

17.01.2019

Integrationsausschuss (29.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

nachdenken, ob die Anzahl der Beratungsstellen vielleicht sogar schon ausreicht und wie diese dann von ihren jeweiligen Standorten aus weiter in der Fläche arbeiten, also den Ausbau der Zentren im Sinne von Qualifizierung, von Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter betreiben? Das ist eine offen gestellte Frage. Auch die Grünen haben immer auf den Ausbau gedrängt. Aber ich meine, jetzt ist ein guter Zeitpunkt, um innezuhalten und zu überlegen, ob es sinnvoll ist, in der Form weiterzumachen.

Das Thema „Kindeswohlgefährdung“ haben CDU und FDP in ihrem Antrag sehr stark betont. Ich bin dort über die Formulierung gestolpert, „dass das Kindeswohl im Falle salafistischer Überzeugungen der Eltern verteidigt werden muss.“ Herr Dr. Kiefer, reicht es aus – auch nach dem SGB VIII –, wenn „nur“ die Ideologie da ist, oder muss nicht eigentlich noch mehr dazukommen, damit nach aktuellem Recht eine Kindeswohlgefährdung vorliegt? Brauchen wir Gesetzesverschärfungen, oder reichen die Instrumente, die wir heute schon mit dem SGB VIII haben, aus, um bei einer Kindeswohlgefährdung einzugreifen? Wenn ja, wie müssen die Jugendämter und andere Akteure gegebenenfalls qualifiziert werden, um sie auch anzuwenden?

CDU und FDP haben in ihrem Antrag die Idee einer Taskforce – die Idee stammt aus dem Zwischenbericht der IMAG – an Schulen aufgegriffen. Das klingt als Idee gut, aber baut man damit nicht ein Stück weit eine Doppelstruktur zu den bestehenden Wegweiser-Projekten auf? Wie sinnvoll ist es, jetzt noch zusätzlich eine Taskforce einzurichten?

Markus Wagner (AfD): Zunächst einmal geht es im CDU-Antrag um den Repressionsgedanken. Es ist von Gefährderansprachen die Rede. Sind Sie der Überzeugung – das ist ja in diesem Antrag schon das schärfste Schwert der Repression, wenn man einmal von der Kindeswohlgefährdung absieht –, dass Gefährderansprachen tatsächlich ausreichen, um ideologisch überzeugte Menschen, die dem Salafismus anhängen, davon abzubringen, dieser Ideologie nachzugehen? Oder glauben Sie nicht vielmehr, dass hier das österreichische Modell, das auch mit Vereinsverboten und der Ausweisung radikaler Imame arbeitet, möglicherweise wirkungsvoller wäre?

Die Kindeswohlfrage hat Frau Schäffer schon gestellt, die muss ich nicht wiederholen.

Herr Dr. Kiefer, Sie sprechen in Ihrer Stellungnahme unter anderem davon, dass wir auch andere Extremismen einbeziehen müssen. Da gebe ich Ihnen vollkommen recht. Unter anderem nennen Sie den türkischen Ultranationalismus. Würden Sie die DITIB als Vertreterin dieses türkischen Ultranationalismus sehen? Wie bewerten Sie unter diesen Vorzeichen die stattgefundenen Konferenz in Köln, bei der die DITIB auch die radikal-islamische Muslimbruderschaft hinzugebeten hat?

Im Antrag der Grünen ist nun wiederum viel von Prävention die Rede, also dem Gegenteil dessen, was im Antrag der regierungstragenden Fraktionen zum Ausdruck kommt. Nun steht der Präventionsgedanke auch durch das Wegweiser-Programm schon seit einiger Zeit im Vordergrund. Trotzdem hat sich die Anzahl der Salafisten

drastisch erhöht. Das klingt zunächst einmal nach einem Widerspruch. Würden Sie also sagen, ohne Wegweiser hätte sich die Anzahl noch weiter erhöht, oder stellen Sie da eine gewisse Dissonanz fest? Woran mag es liegen, dass sich die Zahl der Salafisten trotz Prävention deutlich erhöht hat?

Zum Schluss noch eine Definitionsfrage: Im Antrag von CDU und FDP wird der Salafismus als religiös getarnter Extremismus beschrieben. Ich würde einmal die Gegenthese aufstellen – und dazu würde mich Ihre Meinung interessieren –, dass es sich bei Salafismus um eine radikal-islamische Ausprägung handelt, die den wörtlichen Sinn des Korans vertritt und den Islam als Gesellschaftsmodell sieht. Ist das nicht vielmehr eine treffendere Feststellung als die, die im CDU-Antrag genannt worden ist?

Vorsitzender Daniel Sieveke: Herr Dr. Kiefer und Herr Küçük, ich glaube, viele der gestellten Fragen waren nicht überraschend für Sie, und Sie konnten sich schon vorher darauf vorbereiten. Ich bitte Sie jetzt um Ihre Antworten.

Dr. Michael Kiefer (Institut für Islamische Theologie, Universität Osnabrück):

Zunächst einmal möchte ich auf die Frage eingehen, warum die wissenschaftliche Begleitung wichtig ist. Sie haben vollkommen recht, der Salafismus ist eine hochdynamische Bewegung, die ihre Gestalt ständig ändert. Das ist ein sehr großes Problem. Denn mit den Gestaltänderungen gehen auch Strategieänderungen einher. Sie wissen das nur allzu gut.

Bis vor wenigen Jahren gab es noch die „Lies!“-Aktionen. Das heißt, ein Teil der Szene war auf der Straße beobachtbar. Wir konnten sehen, wer mit der Szene Kontakt aufgenommen hat, wer dann da öfter stand. So hatte der Staatsschutz, der Verfassungsschutz zumindest in Teilen Einblick in die Szene. Das ist mittlerweile ganz verschwunden.

Ähnlich ist es mit den Netzwerken, die sozusagen aus Syrien heraus agierten. Bestimmte Publikationen wurden über das Internet vertrieben. Da wusste man ganz genau, womit die Szene befasst war, welche Ideen sie verfolgte, welche Praxisvorschläge in Richtung terroristischer Aktionen von den Amiren gefordert wurden und Ähnliches mehr.

Das hat sich für die Sicherheitsbehörden insofern verschlechtert, als dass jetzt ganz vieles nicht mehr öffentlich sichtbar auf Plätzen, auf Straßen stattfindet, sondern die Aktivitäten haben sich ins Netz verlagert, in klandestine Strukturen, die kaum noch einsehbar sind. Allein an diesem Vorgehen kann man feststellen, dass die Wissenschaft, Beobachtungen, Auswertungen von Vorgehensweisen, Entwicklungen von konkreten Präventionsinstrumenten auf Strategieelemente der Bewegung usw. Hand in Hand gehen müssen. Ein Verfassungsschutz kann nicht mehr isoliert für sich arbeiten. Eine Polizei, ein Staatsschutz kann dies auch nicht, sondern alle Teilbereiche sind darauf angewiesen, dass Informationen zeitnah fließen, dass sie vernünftig ausgewertet werden, dass daraus Ideen für die Praxis generiert werden.

Innenausschuss (28.)

17.01.2019

Integrationsausschuss (29.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Was dies betrifft, sind wir relativ schlecht aufgestellt, weil wir, anders als Großbritannien oder die Niederlande, keine Institution haben, die zu einer derartigen Aufgabenbewältigung imstande wäre. Das CoRE-Netzwerk – ich beziehe das jetzt mal mit ein, eine Initiative der Landesregierung noch aus der letzten Legislaturperiode – ist eine ganz gute Idee gewesen, aber CoRE ersetzt kein Institut; denn auch CoRE vergibt temporär angelegte Forschungsprojekte.

Das Problem bei temporär angelegten Forschungsprojekten ist – wir machen das ja ständig an der Uni –, dass wir für zwei, für drei oder günstigstenfalls für vier Jahre forschen, dann Ergebnisse haben, und das Forschungsprojekt ist zu Ende oder geht dem Ende entgegen. Was machen die Mitarbeitenden? Sie bewerben sich weiter und ziehen fort. Das heißt, die gewonnene Expertise geht komplett verloren. Für das nächste Projekt stellen Sie neu ein und fangen wieder von vorne an. Sie versuchen sich in der Forschung von der Universitätsseite her in gewisser Hinsicht an der Quadratur des Kreises.

Ein Institut hat tatsächlich den Vorteil – das muss man hier in aller Deutlichkeit betonen –, dass Expertise an einem Ort verbleibt, dass sie weiterentwickelt werden kann, dass man Ergebnisse für die Praxis aufarbeitet, dass man Vermittlungsformate entwickelt usw. Man kann langfristig an den Phänomenen arbeiten, immer wieder neue Erkenntnislagen einspeisen und sich natürlich auch mit den anderen Institutionen in einer guten Art und Weise verschränken. Deswegen noch einmal: Ein Forschungsinstitut ist unersetzlich.

Das sehen Sie auch daran, dass Peter Neumann – ein gern gesehener Gast auch in diesem Bundesland – ständig von London nach Deutschland geholt wird. Das King's College ist nun einmal nicht in Düsseldorf oder in Köln. Ähnlich ist es in den Niederlanden. Die Niederlande sind deutlich kleiner, leisten sich aber am Campus in Den Haag gleichfalls ein Forschungsinstitut, das Edwin Bakker leitet, der hier auch bekannt ist.

Eine Forschungsinstitution kann an vielen Orten in Nordrhein-Westfalen etabliert werden, das sei hier direkt gesagt. Ich präferiere keine besondere Universität. Wir haben das IKG in Bielefeld, aber auch Institutionen in Köln, Bonn und anderen Städten, die durchaus in der Lage wären, so etwas aufzubauen. Im Übrigen darf man ein solches Institut ja nicht als isoliertes Vorhaben begreifen, sondern dann ist auch eine überregional organisierte Zusammenarbeit gewünscht, sodass man Kompetenzen bündeln kann.

Aber noch einmal: Jemand muss den Hut aufhaben. Jemand muss den Prozess des Forschens steuern. Jemand muss den Science-to-Action-Prozess strukturieren. Jemand muss die Zusammenarbeit mit den Behörden, mit der Verwaltung, mit den Jugendämtern koordinieren, ausbauen. Das geht nicht von allein. Insofern noch einmal mein entschiedenes Plädoyer für ein solches Institut.

Zur Gefangenenhilfe: Ein Blick nach Frankreich, auch auf den jüngsten Terroranschlag, zeigt mit einer kaum zu überbietenden Eindeutigkeit, dass Gefängnisse offenkundig zentrale Orte der Radikalisierung sind. Selbstverständlich können wir die

Innenausschuss (28.)

17.01.2019

Integrationsausschuss (29.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Gefangenen nicht sich selbst überlassen. Selbstverständlich können wir insbesondere dann, wenn Gefangene Anzeichen erster Radikalisierung aufweisen, das nicht einfach weiterlaufen lassen. Hier sind Bund und Länder aufgefordert, entsprechende Maßnahmen zu entwickeln, die bei möglicherweise stattfindenden Radikalisierungsprozessen möglichst früh bereitstehen, und mit professionellen sozialarbeiterischen Maßnahmen zu versuchen, diesen jungen Menschen eine andere Orientierung zu bieten als die Radikalen. Das ist zeitaufwendig. Das verlangt ein hohes Maß an Qualifikation. Aber es ist im Grunde genommen klassischer Auftrag der Resozialisierung. Unser Strafvollzug ist ja nicht nur auf Vergeltung und Rache aus, sondern wir wünschen ja ausdrücklich die gesellschaftliche Integration der Inhaftierten.

Wichtig ist dabei auch, dass nicht nur im Gefängnis etwas stattfindet; denn wir haben mittlerweile etliche Syrienerückkehrer, die längst draußen sind. Die waren dann ein, zwei Jahre inhaftiert. Hier bedarf es der guten und intensiven Nachbetreuung. Es reicht nicht aus, wenn man nur zweimal im Monat einen Termin im Rahmen der klassischen Bewährungshilfe ausmacht, sondern die Flankierung muss tatsächlich deutlich enger stattfinden.

Zu den Frauen: Die Bedeutung der Frauen wurde bisher gemeinhin fast überall unterschätzt. Sie sind nicht viel bedeutsamer geworden, sie waren immer schon bedeutsam. Das hat sich zum Beispiel bei dem Ablauf in Syrien sehr gut gezeigt. Wir sahen in den Fernsehaufnahmen immer nur die Kombattanten, die mit Kalaschnikows und Gewehren bewaffnet dastanden. Nicht gesehen haben wir, wie die Einheiten aufgestellt waren. Da war eine große Logistik hinterlegt, in der Frauen immer eine gewichtige Rolle gespielt haben. Sie waren nicht unwichtig, sie waren Teil des Systems.

Es ist Teil der Dynamik, dass sich die Szene nach der schon gravierenden Niederlage des „Islamischen Staats“ in Syrien und Irak zum Teil neu orientiert hat. Zum Teil war sie auch frustriert. Wir sehen, dass die Frauen hier in sozialen Netzwerken Aufbauarbeit leisten, indem sie versuchen, Gleichgesinnte in Kaffee- oder Teerunden zusammenzuführen und einiges mehr.

Das ist auch ein wichtiges Thema für die Prävention. Angesichts der enormen Bedeutung des Internets, der sozialen Netzwerke halte ich es für wichtig, bessere Onlineformate zu entwickeln, die geeignet sind, in derartige Dinge einzugreifen. Aber soweit ich es mitbekommen habe, ist das Land hier auf dem Sprung; denn Wegweiser soll ja um Onlineberatung ergänzt werden.

Zu der Frage nach meinem Praxisbezug: Ich habe zwei halbe Stellen, eine bei einem Träger der Jugendhilfe in Düsseldorf. Ich leite die Schulsozialarbeit. Ich leite zwei Projekte, die im Kontext der Prävention stattfinden. In einem vom Bund geförderten Projekt, das an sechs Schulen des Landes, insbesondere großen Berufskollegs, durchgeführt wird, befassen wir uns mit radikalisierten jungen Schülern. Insofern weiß ich, was Science-to-Action meint, also wie wichtig es ist, dass Erkenntnisse aus der Forschung möglichst rasch in die Praxis hineinkommen.

Innenausschuss (28.)

17.01.2019

Integrationsausschuss (29.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Vielleicht muss man einmal plastisch machen, wie langsam es vorangeht. Wir haben zum Beispiel vor zwei Jahren in einer Studie WhatsApp-Protokolle einer terroristisch gewordenen Jugendgruppe ausgewertet. Die Ergebnisse haben wir dann in Form eines Buches verfasst. Damit war unser Forschungsauftrag aber sozusagen erledigt. Wie kommen jetzt die Ergebnisse, die wir gewonnen haben, beispielsweise über Radikalisierungsprozesse im Internet und was das mit Religion zu tun hat, zu einem Sozialarbeiter? Von uns aus im Augenblick gar nicht; denn wir haben keine Gelder, um entsprechende Fortbildungsformate zu generieren. Wir können diese Vermittlungsleistung, diesen Transfer, wie man heute sagt, nicht erbringen. Daran können Sie schon erkennen, wo wir uns bewegen.

Es gibt Forschung. Im Bereich der Salafismusforschung haben wir mittlerweile 40, 50, 60 gut ausgestattete Projekte. Aber die Ergebnisse gelangen nicht dahin, wo die Fachkräfte sie brauchen können. Deswegen noch einmal: Der Gedanke des Instituts ist einfach sehr wichtig.

(Marc Lürbke [FDP]: Was wäre denn bei einem Institut dann anders?)

– Wenn die Ergebnisse vorliegen, zum Beispiel die Auswertung der WhatsApp-Protokolle, würde man sich im nächsten Schritt fragen: Gibt es hier praxisrelevante Erkenntnisse? Wenn ja, welche? Diese muss man dann aufarbeiten, sodass sie für die Praxis lesbar sind, und an die Praxis herantragen. Das heißt, das Institut selbst macht Fortbildungsveranstaltungen. Man bietet für die Universitäten Module an, die sie in die Lehre übernehmen können. Das ist sozusagen der schnelle Transfer.

Wir warten nicht drei Jahre, bis der nächste Antrag kommt, und es passiert einfach gar nichts. Der Regelfall heute ist, dass gar nichts damit passiert. Ich erlebe es ja selbst immer wieder bei Fortbildungen, dass die Ergebnisse brachliegen, nicht in Anspruch genommen werden können, weil die Fachkräfte rund um die Uhr mit ihren Dingen befasst sind. Sie können nicht noch wissenschaftliche Studien auswerten und dann gucken, was daraus wird. Es ist schon ein Grunddilemma und ein wirklicher Schwachpunkt der Prävention in Deutschland, dass genau dies nicht funktioniert.

Zu der Frage: Warum soll man Präventionszentren einrichten? Wenn ich hier in Düsseldorf oder in Duisburg in ein großes Berufskolleg gehe, so werde ich mit Sicherheit nicht nur mit einer Form des Extremismus konfrontiert. Wir finden dort in der Tat auch religiös begründeten Extremismus; es gibt einige Fälle. Oft gibt es das aber zeitgleich ebenso im Bereich des Ultranationalismus. Ein Stichwort lautet „Graue Wölfe“. Das kommt in der Prävention allerdings nicht vor, bei Wegweiser letztendlich auch nicht.

Wegweiser hat einen schmalen Zuschnitt auf den religiös begründeten Extremismus. Das entspricht aber nicht den Anforderungen, die wir in der Praxis erleben. Deswegen hatte ich in meinem Papier darauf hingewiesen, es sei durchaus eine Überlegung wert, den Phänomenbereich bei Wegweiser – das ist ein hervorragendes Programm, daran möchte ich keinen Zweifel lassen; ich finde Wegweiser wirklich sehr gut – zu strecken und zu schauen, dass wir auch andere Fachkräfte in das Pro-

Innenausschuss (28.)

17.01.2019

Integrationsausschuss (29.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

gramm bekommen, die geeignet sind oder befähigt worden sind, andere Phänomenbereiche zu bearbeiten.

Zur Stabsstelle auf Bundesebene: Sie sprechen hier ein sehr wichtiges Thema an. Wir beobachten, dass der Bund eine Vielzahl von Präventionsprogrammen hat. Es gibt „Demokratie leben!“ und einen nationalen Präventionsplan. Es gibt Länderprogramme, und die Kommunen legen Programme auf. Mitunter hat man den Eindruck, es gibt gewisse Redundanzphänomene. Das heißt, alle Programme machen alles, aber auf verschiedene Art und Weise. Ist das alles immer notwendig? In der Tat wäre es schön, wenn es so etwas wie eine Stabsstelle gäbe, die eine Metaebene einnehmen kann und dann auch sagt: Hier fehlt etwas, wir sind – zum Beispiel – im ländlichen Raum schlecht versorgt.

Das betrifft auch die Phänomenebenen. Wir haben sehr viel im Bereich der primären Prävention, aber im Bereich der flankierenden Hilfestellung in der sekundären und tertiären Prävention haben wir gar nichts. Da muss es schon jemanden geben, der mit draufguckt. Insofern wäre eine Stabsstelle, jemand, der dann für den Bund, für die Länder, für die Kommunen mit draufschaut, natürlich sinnvoll. So könnte man in eine andere Form von Kooperation kommen.

Zu der Frage: Wo steht NRW im Vergleich zu anderen Bundesländern? Da müsste man mehrere Ebenen ansprechen. Was die Beratungsarbeit betrifft, stehen wir sehr gut da. Wegweiser hat – das hatte ich auch dargelegt – einige Alleinstellungsmerkmale. Das Programm ist sozialraumnah, niedrighschwellig, es kann schnell erreicht werden. Es ist personalmäßig sehr gut ausgestattet mit zwei Fachkräften im Standard und oft noch weiteren Fachkräften durch andere Programmanteile oder kommunal aufgestockt. Das ist so vollkommen in Ordnung.

Etwas schwieriger ist es, wenn wir die Schule dazunehmen. Frau Schäffer, Sie hatten die Taskforce angesprochen. Das sehe ich offen gestanden kritisch. Mir erschließt sich nicht, warum das Land einerseits Wegweiser konsequent und auch richtigerweise ausbaut, gut mit Fachkräften ausstattet, und andererseits soll es dann auf einmal bei den Bezirksregierungen noch Lehrkräfte geben, die für die Schulen zuständig sind. Wenn man so etwas macht, dann bitte nur an einer Stelle. Sinnvoller wäre es, wenn die Leute, die für die Schule oder das Schulministerium arbeiten, direkt mit Wegweiser und nicht getrennt arbeiten würden. Denn was soll das? Warum soll man im Regierungsbezirk Düsseldorf oder im Regierungsbezirk Köln getrennt marschieren? Sinnvoller wäre es, das Phänomen aus einem Büro heraus in gutem Kontakt miteinander zu bearbeiten. Das ist meine persönliche Auffassung dazu. Das finde ich nicht konsequent zu Ende gedacht. Ein Zuschnitt ist besser als zwei Formate für das gleiche Phänomen. Bei der Schule wäre also mehr möglich.

Dann gab es die Frage nach regionalen Schwerpunkten. Das ist eine gute Frage; denn der religiös begründete Extremismus und seine Akteure sind ja nicht überall gleichermaßen stark vertreten. Es ist bestens bekannt, dass manche Ortschaften, Kommunen mehr belastet sind als andere. Stark belastet ist zum Beispiel immer noch Mönchengladbach – andere Orte auch und wieder andere Orte weniger.

Innenausschuss (28.)

17.01.2019

Integrationsausschuss (29.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Aber Vorsicht! Wir haben in den vergangenen Jahren auch die Erfahrung gemacht, dass die Szene schnell Ortswechsel vornehmen kann. Das ist anders als in anderen Extremismusbereichen. Wenn salafistische Akteure merken, dass sie in einem gewissen sozialen Gefüge nicht erfolgreich sind, dann wechseln sie einfach die Stadt. Pierre Vogel und andere haben es oft vorgemacht. Sie waren in Hamburg, dann waren sie wieder weg. Sie kamen zurück nach NRW und legten hier wieder los. Insofern ist man gut beraten, wenn man zumindest in den großen Kommunen des Landes Fachkräfte bereithält, die, wenn diese Szene kommt, imstande sind, etwas zu machen.

Die Frage ist aber auch – das noch als eine kleine Anmerkung –: Ist es richtig, jeden Wegweiser-Standort gleich auszustatten? In manchen Regionen wäre es vielleicht sinnvoller, Wegweiser mit mehr Personal auszustatten, während andere auch mit weniger klarkämen. Denn wir können nicht so tun, als ob das Arbeitsvolumen überall gleich wäre. Die einen machen viele Beratungen, die anderen weniger. Aber das weiß ich nicht. Das müsste das Innenministerium selbst sehr gut wissen.

Zu Frauen und der Gefahr der Ansprache: Das ist ganz klar ein großes Thema; ich hatte es eben schon einmal gesagt. Was das betrifft, müsste man tatsächlich noch andere Bereiche erschließen. Wir sind zum Beispiel kaum im Bereich der elementaren Bildung vertreten. Kindergärten, Familienzentren wären noch ein Thema. Man könnte die Fachkräfte dort schulen für den Fall, dass sie in Kontakt mit Müttern kommen, die möglicherweise eine problematische Agenda vertreten, auch in der Einrichtung. Wie kann man damit umgehen? Denn wir merken doch immer wieder, dass Einrichtungen der Jugendhilfe der Umgang sehr schwerfällt, wenn in ihren Räumen wirkliche Kaderpersönlichkeiten auftreten. Es ist für sie sehr schwer, diesen Menschen Grenzen aufzuzeigen und deutlich zu kommunizieren, was man will und was man nicht will. Das ist durchaus noch ein Problem in dem einen oder anderen Fall.

Aber es gibt auch nichts zu dramatisieren. Denn es sind nicht Tausende Frauen, die unsere Kindereinrichtungen mit ihren komischen Ansichten überfallen, sondern wenn, dann haben wir es doch eher mit Einzelfällen zu tun, in der einen Kommune mal mehr und in den anderen Kommunen eher weniger. Nichtsdestotrotz ist die Vorbereitung, die Ausbildung der Fachkräfte wichtig.

Frau Schäffer, Sie hatten das Thema „Kindeswohlgefährdung“ angesprochen. Tatsächlich hat es in der Vergangenheit Fälle von Kindeswohlgefährdung in diesem Kontext gegeben. Das waren bis vor zwei Jahren vor allen Dingen ausreisewillige Jugendliche, die uns oft Sorgen bereitet haben. Hier lagen eindeutige Kindeswohlgefährdungen insofern vor, als eine Ausreise nach Syrien oder in den Irak die entsprechenden Personen körperlich und seelisch stark in Anspruch genommen hätte.

Das Thema wird aber nun, wie Sie vielleicht wissen, verstärkt in Bezug auf Rückkehrerinnen, Rückkehrerfamilien diskutiert. Wir haben tatsächlich in einigen Kommunen Problemlagen. Genannt werden muss hier Wolfsburg, wo Rückkehrerinnen zum Teil als Kaderpersönlichkeiten in Erscheinung getreten sind. Sie waren nicht deradikalisiert, sondern haben noch an ihren Zielen festgehalten und diese mit viel Verve in Jugendeinrichtungen und Schulen vertreten.

Innenausschuss (28.)

17.01.2019

Integrationsausschuss (29.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Es ist sehr wichtig, dass die Fachkräfte auf solche Persönlichkeiten vorbereitet sind, dass man zum Beispiel deutlich macht: Es ist unerwünscht, dass Personen mit Nikab den Schulhof betreten. Das wird nicht geduldet, sondern in diesen Fällen wird konsequent vom Hausrecht Gebrauch gemacht.

Veränderungen oder Verschärfungen des SGB VIII § 8a halte ich nicht für notwendig. Meines Erachtens hat Deutschland einen sehr, sehr guten Kinder- und Jugendschutz. Im Grunde genommen sind die Prozeduren, die hierbei zu befolgen sind, erprobt. In vielen anderen Bereichen – Fällen des Missbrauchs, der Vernachlässigung usw. – ist das Zigtausende Male durchexerziert worden.

Aber – jetzt kommt eine Einschränkung – es gibt bedauerlicherweise keine Ausbildung für die insoweit erfahrenen Fachkräfte, die sich mit Salafismus, Radikalisierung und ähnlichen Dingen befassen. Hier wäre tatsächlich noch einiges zu tun.

Man darf nicht vergessen, dass auch die Familienrichter in dieser Hinsicht nicht unbedingt weitergebildet sind. Sie wissen, dass eine Inobhutnahme irgendwann der richterlichen Entscheidung bedarf. Wenn Familienrichter überhaupt nicht wissen, womit sie es zu tun haben, können sie vermutlich keine angemessene Entscheidung treffen. Hier wäre noch Nachschulungsbedarf geboten, bzw. man müsste für die Ausbildung der Fachkräfte Materialien erstellen, wie es das für Missbrauch und andere Bereiche schon längst als Kriterienkataloge gibt, anhand deren ich eine Gefährdungseinschätzung des Kindes vornehmen kann. So etwas wird immer nach dem Mehraugenprinzip gemacht. Da wäre sicherlich noch das eine oder andere zu tun.

Zu den Jugendämtern: Soweit ich es beurteilen kann – ich habe keinen flächendeckenden Überblick –, hat sich seit den verhängnisvollen Vorgängen in Essen vor zwei Jahren bereits eine Menge getan, was die Kooperation von Jugendämtern mit anderen Behörden oder auch mit der Prävention, mit Wegweiser angeht. Da hat sich schon viel entwickelt. In Düsseldorf beispielsweise gibt es eine Untergruppe des Kriminalpräventiven Rates, in der alle Ämter und die Jugendhilfe zusammensitzen, sich über Prozesse, über Problemlagen austauschen und dann direkt versuchen, Lösungen zu finden.

In Düsseldorf gibt es meines Wissens einen zentralen Ansprechpartner beim Bezirkssozialdienst oder beim aSD, wenn tatsächlich ein Kinderschutzfall in diesem Kontext auftreten sollte. Dort sind zum Teil schon tragfähige Lösungen gefunden worden.

Hier stellt sich dann die Frage nach Standards. Wäre es vielleicht wichtig oder auch richtig, eigene Standards für das Land aufzustellen, um die Kommunen auf den gleichen Stand zu ziehen? Da ist noch etwas zu tun.

Ein weiterer Punkt waren die Gefährderansprachen. Ist das ein ausreichendes Instrument? Natürlich nicht. Denn eine hochradikalisierte Persönlichkeit, die schon einen mehrjährigen Prozess hinter sich hat, wird sich durch die Ansprache: „Wir haben dich im Auge, und wir beobachten, was du tust“, nicht von ihren Zielsetzungen abbringen, sich nicht in ihren Ansichten zurückführen lassen. Das ist mit Sicherheit nicht so.

Innenausschuss (28.)

17.01.2019

Integrationsausschuss (29.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Selbstverständlich ist zu prüfen, wenn wir beispielsweise einen Verein wie in Hildesheim haben, wo wir nachweislich einen Radikalisierungsprozess nach dem anderen beobachten konnten, ob man solch einem Verein die Existenzberechtigung entzieht. Ein Vereinsverbot muss man dann natürlich in Betracht ziehen. Aber ich bin kein Jurist. Ich weiß, das ist nicht einfach. Es muss ja justiziabel sein. Das heißt, man muss dann ausreichend Material haben, das eine Verbotsverfügung seitens des Innenministeriums rechtfertigt. Das ist nicht immer einfach.

Noch einmal: Prävention hat ihre Grenzen. Prävention kann da helfen, wo Menschen noch nicht ganz entschieden haben, diesen oder jenen Weg zu gehen. Wenn sie mit ihren Zielen noch hadern, dann kann man präventiv Einfluss nehmen. Aber wenn eine Radikalisierung schon zu verfestigten Haltungen geführt hat, wenn jemand wirklich wild entschlossen ist, kann Prävention nicht mehr viel machen. Das ist dann tatsächlich eine Aufgabe für die Polizei und andere Behörden. Dann kann man mit gutem Zureden nicht mehr viel erreichen.

Die Anzahl der Salafisten ist ein interessantes Thema. Wenn Sie mich fragen, so bin ich mir gar nicht sicher, ob sich die Zahl der Salafisten in den letzten Jahren deutlich erhöht hat. Denn was können wir sehen? Vor vier, fünf Jahren hatten wir ein hohes Dunkelfeld, weil die Behörden mit ihrer Beobachtung noch nicht so ausgestattet waren, dass sie alles in den Blick nehmen konnten. Da ist aber mittlerweile sehr viel nachgeholt worden. Die Behörden sind deutlich besser ausgestattet. Es gibt viel mehr Fachpersonal. Selbstverständlich hat man sich dann alle Winkel, alle Vereine, die in irgendeiner Form vielleicht komische Sachen machen, angeschaut. Von da aus kam man dann natürlich zu höheren Zahlen. Aber das heißt nicht, dass diese Radikalen neu hinzugekommen sind. Die waren schon da, man hat sie nur nicht gesehen. Das ist zumindest weitgehend meine Auffassung.

Wir müssen natürlich sehen: In den Jahren 2013/14 gab es einen enormen Zuwachs in der Szene. Dieser Zuwachs war dem geschuldet, was in Syrien und Irak stattgefunden hat. Denn der „Islamische Staat“ ist ja nicht mit einer Vision angetreten und hat gesagt: Wir kämpfen den Kampf der Kämpfe, den letzten Kampf, der jetzt geführt wird. – Damit hat man viel Anhängerschaft gewonnen. Aber diesen Kampf hat man auch verloren. Er ist militärisch weitgehend paralysiert. Es gibt natürlich noch Enklaven, wo er wirkmächtig ist, aber seine eigenen Verkündungen konnte er nicht einhalten. Das hat auch zu einer gewissen Frustration in der Szene geführt und zu einem nicht mehr so schnellen Anwachsen.

Aber damit ist das Thema nicht vom Tisch. In der Szene beobachten wir eher Umorientierungen. Zum Beispiel ist Hizb ut-Tahrir wieder stärker geworden. Andere Organisationen besetzen die Leerstellen, die der Zusammenbruch der Propagandamaschinerie in dieser Hinsicht hinterlassen hat. Insofern kann man nicht sagen, dass das Thema weg wäre, ganz gewiss nicht. Das muss man ganz klar noch im Auge behalten.

DITIB war ein Thema; Sie haben den türkischen Ultranationalismus angesprochen. DITIB – das muss man nicht weiter ausführen – hat in dieser Hinsicht schon die eine oder andere merkwürdige Aktivität an den Tag gelegt. Allerdings können wir DITIB

Innenausschuss (28.)

17.01.2019

Integrationsausschuss (29.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

nicht gleichsetzen mit den Ultranationalisten, denn diese sind in Deutschland eigenständig korporiert. Es gibt durchaus eigene Organisationen der Ülkücü-Bewegung oder Ableger der MHP, die nicht Teil der DITIB-Gliederung oder der DITIB-Moscheen sind, was aber nicht heißt, dass es keine Berührungspunkte zwischen diesen Organisationen gibt. Aber ich bin kein Experte für diese Dinge. Auf jeden Fall ist hier auch ein Problemfeld, das man durchaus im Blick behalten sollte.

Sie haben dann nach dem radikalen Islam gefragt. Wie lautete Ihre Formulierung noch?

Markus Wagner (AfD): Ich hatte nach einer Beschreibung gefragt. Im CDU/FDP-Antrag wird Salafismus als religiöser Extremismus beschrieben. Ich habe dem entgegengehalten, dass der Salafismus den Islam wörtlich auslegt, um daraus eine Gesellschaftsform zu machen.

Dr. Michael Kiefer (Institut für Islamische Theologie, Universität Osnabrück): Da schneiden Sie ein Thema an, das in der Wissenschaft kontrovers diskutiert wird. Wir haben hier zwei unterschiedliche Auffassungen. In Frankreich wird die Auseinandersetzung sehr prominent von Olivier Roy und Gilles Kepel geführt. Die These von Kepel lautet: Wir erleben eine Radikalisierung der muslimischen Milieus, beispielsweise in den Banlieues. Roy sagt es umgekehrt, nämlich: Die Leute sind schon vorher radikal, sie waren schon vorher delinquent, und wir erleben sozusagen eine Islamisierung der Radikalität. – Das ist die Roy'sche These.

Die Wissenschaft ist sich hier nicht einig. Es gibt sowohl Vertreter für das eine als auch für das andere. Die Wahrheit liegt vermutlich irgendwo in der Mitte, oder man muss genau hingucken, wo was ist.

Für Frankreich auffällig ist aber tatsächlich, dass die Leute, die den Anschlag im Bataclan durchgeführt haben, auch jetzt den Straßburger Anschlag, allesamt vorher hochdelinquent waren. Sie hatten eine hochproblematische Sozialisation, eine hochproblematische gewaltaffine Haltung. Dann wurde der Islam genommen, um das noch zu „veredeln“, um dem sozusagen einen Hintergrund zu geben und sich quasi als Gewalttäter zu finalisieren. Das ist schwer zu beurteilen. Wie gesagt, das wird in der Wissenschaft kontrovers diskutiert.

Kenan Küçük (Multikulturelles Forum): Herr Dr. Kiefer hat schon viele Fragen ausführlich beantwortet. Sie haben sehr wichtige Fragen gestellt, über die man im Einzelnen tiefgehend diskutieren muss.

Das Programm Wegweiser ist ein effektives Modell, das Vorbildcharakter hat. Ich denke, das findet Ihre Zustimmung; denn wir erleben es vor Ort. Das Programm Wegweiser soll ausgebaut werden, das wissen wir. Mittlerweile gibt es 17 Standorte. Das Ziel sind 25 Standorte, um flächendeckend in Nordrhein-Westfalen tätig werden zu können.

Innenausschuss (28.)

17.01.2019

Integrationsausschuss (29.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Das Multikulturelle Forum ist eine Migrantenorganisation, die ihre Zentrale in Lünen hat. Mit acht Geschäftsstellen sind wir in vier Großstädten aktiv: in Düsseldorf, Dortmund, im Kreis Unna und in Hamm. Das Multikulturelle Forum blickt auf eine über 30-jährige Geschichte im Bereich der Migration und Sozialarbeit zurück. Wir machen nicht nur Wegweiser in Dortmund, wir bieten auch sehr viele andere Projekte und Maßnahmen an. Allein in Dortmund gibt es mehrere Präventionsprojekte gegen Radikalisierung, gegen extremistischen Salafismus, gegen Antisemitismus, auch gegen antimuslimischen Rassismus und Ähnliches.

Ich bin kein Wissenschaftler, sondern komme aus der Praxis. Wir erleben in vielen Bereichen immer mehr Radikalisierung. Salafismus ist eine Form der Radikalisierung. Dagegen müssen wir ankämpfen, weil es das gesamtgesellschaftliche Zusammenleben gefährdet. Ich glaube, da sind wir alle einer Meinung.

Wegweiser ist ein einmaliges Programm, das sehr gut funktioniert. Meiner Auffassung nach – Herr Dr. Kiefer hat es auch gesagt – ist es ein sehr schmaler Weg. Wir versuchen, die Personen, die sich in die Richtung bewegen, ziemlich früh aufzufangen, mit ihnen zu arbeiten, sie von diesem Weg zurückzuhalten. Das verlangt eine sehr intensive Arbeit von uns.

Einmal kümmern wir uns um einzelne Personen, die Beratungsbedarf haben. Darüber hinaus bieten wir sehr viele Fortbildungsmaßnahmen und Aufklärungsarbeit an. Wir arbeiten auch mit Schulen, Jugendämtern und Sozialarbeitern zusammen. Wir versuchen, den Akteuren deutlich zu machen, worauf sie bei diesem Thema achten müssen, wie sie damit umgehen müssen und Ähnliches.

Wir haben einen Beirat, der regelmäßig auch mit den Fachleuten der Jugendämter, aus dem schulischen Bereich, von der Polizei, von der Stadtverwaltung zusammentritt. Wir tauschen uns regelmäßig aus und versuchen, unsere Arbeit vor Ort zu erledigen.

Ich vertrete die gleiche Meinung wie Herr Dr. Kiefer. Das Programm müsste etwas erweitert werden, weil es Extremismus nicht nur im Salafismus, sondern auch in anderen Bereichen gibt. Darüber sollte man nachdenken und auch Diskussionen führen. Wir sehen die Radikalisierung in vielen anderen Bereichen. Gerade wurden zum Beispiel die Grauen Wölfe, eine ultranationalistische Organisation, und die Muslimbruderschaft erwähnt. Auch diesen Gruppen muss man entgegenwirken. Daher müssen wir das Programm vielleicht etwas anders gestalten.

Wegweiser ist ein Modell für NRW. Wir würden uns wünschen, dass es flächendeckend auf Bundesebene ausgebaut wird. Auch eine Stabsstelle auf Bundesebene wäre sinnvoll, damit ein Austausch unter den Ländern stattfindet. Herr Dr. Kiefer hat es gerade schon deutlich gemacht: Die Gruppen wandern von einem Ort zum anderen. Um einen schnellen Informationsaustausch zwischen Ländern und Kommunen zu ermöglichen, ist eine Art Stabsstelle vonnöten.

Wir arbeiten mit einzelnen Personen und sehen, dass gerade die Frauen eine sehr wichtige Rolle in der Szene spielen. Sie sind teilweise selbst radikalisiert, und sie erziehen zu Hause ihre Kinder. Die Erziehungsaufgabe von Frauen spielt in dem Be-

Innenausschuss (28.)

17.01.2019

Integrationsausschuss (29.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

reich eine sehr große Rolle. Wir haben vor Ort zwei Fachkräfte, einen Mann und eine Frau. Wir versuchen, die Frauen mit Blick auf die Kindererziehung gezielt anzusprechen; denn wir wollen natürlich verhindern, dass die nächste Generation schon im Kindesalter radikalisiert wird. Deswegen ist die Ansprache der Frauen als Zielgruppe sehr wichtig.

Um der Radikalisierung entgegenzutreten, brauchen wir aber nicht nur Programme, sondern die Fachkräfte in allen Bereichen – Lehrer, Schulsozialarbeiter, Jugendamtsmitarbeiter – müssen geschult werden. Durch unsere Fortbildungsmaßnahmen stellen wir immer wieder fest, dass viele Lehrer, Jugendamtsmitarbeiter, Sozialarbeiter nicht richtig informiert sind, wie sie mit dem Phänomen Extremismus in unserem Land umgehen können. Das sollte von vornherein in der Ausbildung, in Fortbildungen bzw. im Studium berücksichtigt werden. Dafür müssen die Fachkräfte qualifiziert werden, um entsprechend reagieren zu können.

Wir haben es sogar mit Kindergärten zu tun. Wir versuchen, auch die Erzieher entsprechend aufzuklären; denn wir beobachten in allen Bereichen extremistische Entwicklungen. Deswegen ist es wichtig, alle Fachkräfte zu schulen und über das Thema „Extremismus“ zu informieren. Das Problem muss gesamtgesellschaftlich angegangen werden. Einzelne Programme sind gut, aber es muss auch darüber hinausgehen. Deswegen sind Fort- und Weiterbildung sehr wichtig.

Zu der Frage: Wie intensiv ist unsere Arbeit? Die Beratung verlangt sehr viel Zeit. Man muss sich ständig mit den Betroffenen beschäftigen. Die Zahl der Fachkräfte ist ein entscheidender Faktor. Es ist wichtig, die Gefährder durch eine intensive Beratung auf den richtigen Weg zurückholen. Darüber hinaus ist die Präventionsarbeit für die Zielgruppen von entscheidender Bedeutung.

Vorsitzender Daniel Sieveke: Wir kommen jetzt zur zweiten Fragerunde.

Verena Schäffer (GRÜNE): Herr Dr. Kiefer, Sie haben ausgeführt, dass bei Ihnen zum Teil auch Fälle aus anderen Phänomenbereichen ankommen. Bei Wegweiser betrifft das zum Beispiel die Grauen Wölfe. Wie gehen Sie damit um? An wen weisen Sie das? Wir haben ja eine relativ ausdifferenzierte Beratungsstruktur im Bereich des Rechtsextremismus: die mobilen Beratungsteams, die Aussteigerprogramme. Spontan fällt mir niemand ein, der direkt mit ideologisierten Personen zusammenarbeitet. Wenden Sie sich dann an Personen aus dem Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus?

Zu Ihrer Idee, die Wegweiser-Standorte zu Präventionszentren auszubauen: Wie stellen Sie sich das vor, wenn dort verschiedene Phänomenbereiche bearbeitet werden? Gibt es dann Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die weiterhin wie bislang für Wegweiser tätig sind, und es werden zusätzliche Leute eingestellt, die das Themenfeld „Rechtsextremismus“ bearbeiten? Oder soll jeder alles machen?

Innenausschuss (28.)

17.01.2019

Integrationsausschuss (29.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Nic Peter Vogel (AfD): Meine Frage richtet sich vornehmlich an Herrn Küçük. Aber wenn Herr Dr. Kiefer Erkenntnisse dazu hat, ist er herzlich eingeladen, auch darauf zu antworten.

Ich möchte mich erst einmal auf die türkischstämmige Gemeinde in Deutschland beziehen. Da ich selber durch 30 Jahre Sport sehr viel mit Freunden und Trainingskollegen zu tun hatte, konnte ich die Entwicklung beobachten. In den 80er-Jahren haben auch meine türkischen Freunde Madonna gehört und Nike-Turnschuhe getragen. Das Thema „Religion“ war eigentlich nie groß, auch nicht was das alltägliche Leben betraf.

Wir reden hier sehr viel über Prävention. Haben Sie eine Analyse bzw. eine Erklärung dafür, warum in den letzten zwei, drei Jahrzehnten gerade die türkischstämmige Gemeinde immer mehr vom kemalistischen Laizismus abgerückt ist und Religion und Tradition immer mehr in den Vordergrund gerückt sind? Hat das Ihrer Meinung oder Ihrer Analyse nach geopolitische Ursachen, weil es in den letzten 10, 15 Jahren immer mehr Kriege gegeben hat? Haben moderne Medien mehr Einfluss als früher, weil auch propagandistische Filme einfach kommuniziert werden können, oder hat das gesellschaftliche Gründe? Mit anderen Worten: Wo verorten Sie die Ursachen dieser augenscheinlichen Fehlentwicklung?

Vorsitzender Daniel Sieveke: Die Frage ist gestellt worden, sie hat nur nichts mit dieser Anhörung zu tun.

Nic Peter Vogel (AfD): Herr Sieveke, es geht um Prävention.

Vorsitzender Daniel Sieveke: Wenn es um Prävention ginge, dann müssten wir über alles sprechen. Ich weise nur darauf hin – Sie sind gleich frei in Ihrer Antwort –, dass der Antrag „Prävention und Repression – Für eine stimmige Gesamtstrategie gegen Salafismus in Nordrhein-Westfalen“ heißt. Ich meine nicht, dass Ihre Frage uninteressant ist und nichts mit Prävention zu tun hat – das stelle ich gar nicht in Abrede –, aber wir haben heute nun einmal die Anhörung zu diesem Phänomenbereich.

Nic Peter Vogel (AfD): Dann bitte ich noch um einen Satz, um das Ganze erklären zu können. Ist mir der gestattet? – Danke schön.

Im dritten Absatz des Antrags der CDU- und der FDP-Fraktion heißt es, dass „die überwältigende Mehrheit“ eigentlich nach unseren Gesetzen und Regeln leben möchte. Jetzt gab es aber 2016 eine umfassende und repräsentative Umfrage, gerade in den türkischstämmigen Communitys. Danach sagten 47 % der Befragten, was ich schon als knapp die Hälfte einordne – ich darf zitieren –:

„Die Befolgung der Gebote meiner Religion ist für mich wichtiger als die Gesetze des Staates, in dem ich lebe.“

Das sollte meine Fragestellung wohl rechtfertigen.

Innenausschuss (28.)

17.01.2019

Integrationsausschuss (29.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Hartmut Ganzke (SPD): Herr Küçük, ich habe gerade einmal Ihre Webseite aufgerufen. Sie haben sehr viele Angebote für Mitarbeiter, offene Stellen. Sie haben ausgeführt, dass es für Sie als Träger der Präventionsarbeit äußerst wichtig ist, qualifizierte Fachkräfte in dem Bereich zu gewinnen, und dass es immer schwieriger wird, solche Fachkräfte ausfindig zu machen. Welche Lösungsansätze sehen Sie, um entsprechende Fachkräfte für diese wichtige Arbeit zu gewinnen?

Herr Dr. Kiefer, Sie schreiben und haben gerade auch noch einmal ganz klar gesagt, dass eine Auflösung der Defizite nur im Kontext eines langfristig arbeitenden Instituts möglich ist, das auch über angemessene Personalressourcen verfügt. Den Begriff „angemessene Personalressourcen“ kann man auslegen. Was wären für Sie angemessene Personalressourcen, und um welchen Bereich der Mitarbeiterschaft geht es da? Das ist für uns sehr wichtig, damit man immer weiß, über welche Ausbildung die Menschen, die dann dort arbeiten, verfügen sollten.

Gabriele Walger-Demolsky (AfD): Ich möchte noch einmal auf das zurückkommen, was Sie vorhin sagten, Herr Küçük. Ihnen reicht ja gar nicht das, was hier besprochen wird, nämlich eine Konzentration auf den Salafismus. Sie haben zu Recht darauf aufmerksam gemacht, dass es durchaus noch ganz andere Formen gibt, zum Beispiel die Muslimbruderschaft usw. Auch dazu finden wir immer wieder Schlagzeilen. Würden Sie also dazu raten, die bestehenden Programme, und zwar alle, die sich derzeit auf den Salafismus beschränken, auszubauen? Wie könnte dieser Ausbau dann aussehen?

Herr Dr. Kiefer, wenn Sie dazu eine Idee haben, dann hätte ich gerne auch von Ihnen eine Antwort.

Vorsitzender Daniel Sieveke: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Somit können wir zur abschließenden Beantwortung kommen.

Kenan Küçük (Multikulturelles Forum): Wir haben deutlich gemacht, dass dieses Programm hervorragend ist und dass gewünscht wird, es etwas zu erweitern, damit wir dann auch andere religiös extremistische Gruppen auffangen können. Sonst bewegen wir uns auf einem sehr schmalen Weg. Das ist notwendig, das können wir festhalten.

Was die nationalistische Entwicklung angeht, will ich den Versuch einer Antwort machen, auch wenn ich selbst nicht erklären kann, warum sich Menschen, die in der dritten Generation in einem Land mit demokratischen Strukturen leben, zu nationalistischen und nichtdemokratischen Bewegungen zusammenschließen. Über die Frage muss man wirklich tiefgehend diskutieren. Eine Antwort sind natürlich Enttäuschungen, Diskriminierungen und vieles andere mehr.

Dieses Phänomen beobachten wir aber nicht nur in türkischen, sondern auch in russischen und anderen Kreisen. Diese Bewegung betrifft nicht nur Deutschland, sondern viele andere europäische Staaten. Ich verstehe tatsächlich nicht, warum sich

Innenausschuss (28.)

17.01.2019

Integrationsausschuss (29.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

die jungen Menschen der dritten, vierten Generation so nationalistisch und undemokratisch verhalten.

Ich verstehe aber auch nicht, warum es in einem Land wie der Bundesrepublik Deutschland eine Art rechtsextremistische Bewegung gibt. Dafür finde ich keine Erklärung. Dieses Land hat solch eine nationalistische Entwicklung nicht verdient und auch nicht nötig. Es ist eines der reichsten Länder der Welt. Das Grundgesetz ist weltweit angesehen, wir haben die beste Verfassung, und trotzdem gibt es eine nationalistische Entwicklung. Dafür finde ich auch keine Erklärung. Darüber müsste man tatsächlich einmal diskutieren.

Sehr starke nationalistische Entwicklungen, die wir nicht kleinreden dürfen, beobachten wir nicht nur bei den Türken und Russen, sondern gerade auch bei den Deutschen. Darüber muss man sich Gedanken machen. Es gab den NSU – das will ich hier nicht wiederholen – und sehr viele nationalistische Anschläge von deutschen Gruppen. Ich verstehe beide Seiten nicht. Beide Seiten haben eigentlich keinen Grund, sich zu solchen Bewegungen zusammenzuschließen.

Zu den Fachkräften: Nicht nur bei uns, sondern in vielen anderen Bereichen fehlen Fachkräfte. Wenn man den Zahlen Glauben schenkt, dann kann man feststellen, dass in der Bundesrepublik Deutschland in allen Bereichen 500.000 bis 1,2 Millionen Fachkräfte fehlen. Wir haben allein sieben, acht Stellen ausgeschrieben und finden tatsächlich keine Leute. Mittlerweile sind wir so weit gekommen, dass wir Projekte und Maßnahmen nicht mehr beantragen, weil wir keine Leute finden.

Vielleicht müssen die Hochschulen im Bereich der Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialwissenschaft mehr Möglichkeiten schaffen. Es geht in der Ausbildung auch um neue Entwicklungen und Phänomene. Die Ausländersozialarbeit bzw. Migrationsarbeit hat ein ganz anderes Niveau erreicht. Da sind nicht mehr nur Dolmetschertätigkeiten gefragt, sondern wir müssen unsere Arbeit viel weitreichender organisieren. Deshalb müssen die Lehrer, Erzieher, Sozialarbeiter entsprechend ausgebildet werden.

Es fehlen auch Stellen. Wir haben nicht nur mit Präventionsarbeit zu tun, sondern wir sind auch in der Arbeitsmarktpolitik als Multiplikatoren sehr aktiv. Vielen Firmen, Betrieben fehlen Fachkräfte. Seit zwei, zweieinhalb Jahren denken wir, dass wir durch Migration, durch Flucht und Ähnliches vielleicht eine Lösung finden. Es gibt auch Antworten, aber wahrscheinlich nicht genügend. Darüber müssen wir uns langfristig Gedanken machen.

Dr. Michael Kiefer (Institut für Islamische Theologie, Universität Osnabrück): Zunächst zu der Frage nach den Fachkräften, wenn Ultranationalismus oder ähnliche Dinge auftauchen: Natürlich braucht man, wenn ein Phänomen in der Jugendhilfe oder Schule auftritt, eine profunde Einschätzung, womit man es zu tun hat. Selbstverständlich kann auch nicht einer alles machen.

Das beantwortet vielleicht direkt schon die zweite Frage. Wenn in meinem Papier davon die Rede war, dass Wegweiser zu Präventionszentren ausgebaut werden soll,

Innenausschuss (28.)

17.01.2019

Integrationsausschuss (29.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

so meint dies natürlich nicht, dass die bislang vorhandenen Mitarbeiter einfach immer mehr Phänomene mitbearbeiten. Das ist nicht Sinn und Zweck der Sache. Denn selbstverständlich hat jemand, der religiös begründeten Extremismus bearbeitet, zu meist nicht auch die Expertise für andere Phänomenbereiche. Das heißt, man müsste hier entsprechende Experten hinzuziehen. Das ist sehr wichtig. Es geht nicht darum, universell Prävention von einem Akteur machen zu lassen, sondern darum, profunde Einschätzungen in die Arbeitsbereiche hineinzunehmen.

Das verweist dann gleich auf den Fachkräftemangel. Hier besteht tatsächlich, insbesondere was die soziale Arbeit betrifft, eine dramatische Problemlage. Das ist nicht nur im Bereich der Prävention so, sondern auch andere Handlungsfelder der Sozialgesetzbücher können kaum noch ausreichend bearbeitet werden. Wir bekommen keine Erzieherinnen mehr für die OGS. Wir bekommen keine qualifizierten Mitarbeiter mehr für die Schulsozialarbeit, weil keine mehr da sind.

Die staatlichen Ausbildungskapazitäten sind vollkommen unzureichend. Wir haben an manchen Hochschulen 1.000 Bewerber auf 80 Studienplätze. An meiner Universität in Osnabrück haben wir genau diese Relation. In Düsseldorf sieht es, glaube ich, ganz ähnlich aus. Derzeit erleben wir eine Gründungswelle von privaten Hochschulen, die aber natürlich Geld von ihren Studierenden nehmen, damit sie dort ihr Sozialarbeitsstudium absolvieren können. Es kann nicht sein, dass das privatwirtschaftlich reguliert wird, sondern hier kann ich mich Herrn Küçük nur anschließen. Wir müssen die Ausbildungskapazitäten kurzfristig erhöhen. Auf lange Sicht kann das so nicht weitergehen.

Zu der Ausstattung eines Instituts: Wie viele Leute sollen es denn sein? Wenn wir hier ein Wunschkonzert hätten, würde ich natürlich sagen: Wir brauchen ein interdisziplinäres Team. Das heißt, wir brauchen Sozialwissenschaftler, wir brauchen Psychologen, wir brauchen Sozialarbeiter oder -pädagogen, die interdisziplinär so zusammenarbeiten, dass die verschiedenen Aufgabenstellungen, die ich skizziert habe, gut abgearbeitet werden können. Das wären im Minimum fünf bis sechs Vollzeitstellen, die man hier in den Blick nehmen sollte – natürlich nicht isoliert. Die gute Anbindung an ein Institut, an einen Lehrstuhl ist immer sinnvoll.

Man kann auch kreativ werden und mal in die Privatwirtschaft hineinschauen. Es muss ja nicht ein neues staatliches Institut sein, sondern denkbar wäre auch die Gründung eines An-Instituts, das rechtlich vielleicht etwas niedrigschwelliger ist. Ich weiß, dass solche Neugründungen von staatlicher Seite nicht geliebt sind. Das Wissenschaftsministerium mag so etwas nicht besonders. Man hat es auch in den vergangenen Jahren nicht häufig getan. Aber noch einmal: Angesichts der herausragenden strategischen Bedeutung dieser Geschichte kommt der Staat, glaube ich, nicht umhin, hier tätig werden zu müssen. Das ist meine persönliche Meinung. Ich glaube, wir kriegen die Probleme ansonsten langfristig nicht in den Griff.

Zu der Frage, warum es unter den jungen türkischen Menschen heute solche Bewegungen gibt: Das ist in der Tat ein transnationales Phänomen. Es gibt dazu auch sehr viel Forschung. Wir erleben sozusagen eine Fundamentalisierung der Welt, nicht nur in Deutschland, sondern allerorten. Das kann man zum Beispiel auch daran

Innenausschuss (28.)

17.01.2019

Integrationsausschuss (29.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

sehen, dass allein in Brasilien seit den 60er-Jahren – das war mit über 90 % Katholiken ein überwiegend katholisch geprägtes Land – die Zahl der Katholiken mittlerweile auf 60 % zurückgegangen ist. Radikale evangelikale Bewegungen stellen dort mittlerweile 30 % der Gläubigen.

Das ist nicht nur dort so, sondern wir können es in allen Weltreligionen beobachten: im Buddhismus, im Christentum, im Islam. Der von mir schon erwähnte Olivier Roy hat sich diesem Phänomen auch gewidmet. Von ihm stammt die sehr schöne Aussage: In unserer heutigen Zeit ist eine Bewegung umso erfolgreicher, je kruder und einfältiger sie ist. – So hat er sich geäußert. Das ist tatsächlich ein Teil der Wahrheit. In einer immer komplexer werdenden Welt, in der es sehr schwierig ist, sich zu verorten, sind schlichte, einfache Botschaften, einfache Lösungen offenbar von einer hohen Attraktivität für Menschen, weil sie ihnen sozusagen Orientierung geben in einer Welt, in der sie sich nicht mehr wirklich gut zu bewegen wissen.

Das ist jetzt natürlich etwas verkürzt. Es gibt noch viel mehr Faktoren, die hierbei eine Rolle spielen. Letztendlich ist Ihre Beobachtung, die Sie gemacht haben, durchaus zutreffend. Aber das ist, wie gesagt, keine deutsche Problematik, sondern im globalen Maßstab zu beobachten.

Vorsitzender Daniel Sieveke: Vielen Dank für Ihre Antworten und die schriftlichen Stellungnahmen. – Ich danke den Abgeordneten für die Fragen.

Sie haben gemerkt, dass es in dem kleinen Diskurs zwischen Herrn Vogel und mir weniger um den Inhalt der Frage ging, sondern vielmehr darum, dass wir heute über einen eingegrenzten Bereich gesprochen haben. Das zeigt, dass der gesamte Bereich es verdient, vertieft diskutiert zu werden; das ist gar keine Frage. Ich denke, dass sich die Abgeordneten und Fraktionen sicherlich in der Lage sehen, diesen Diskurs mit Ihnen, aber auch mit anderen Akteuren weiter zu vertiefen, auch in anderen Veranstaltungsformaten. Es müssen ja nicht immer nur Anhörungen zu konkreten Anlässen sein, sondern die Einladung in Fraktionen ist immer möglich, um sich mit Ihnen inhaltlich auszutauschen.

Wir haben ein kleines technisches Problem gehabt. Ihre Wortbeiträge sind per Livestream über den Äther gegangen, aber der Kameramann hat die gesamte Sitzung über Frau Hielscher und mich im Blick behalten. Die Inhalte sind dennoch weitergegeben worden.

Ihre Aussagen gibt es anschließend auch noch schriftlich. Wenn der Sitzungsdokumentarische Dienst das Protokoll fertiggestellt hat, wird es im Internet veröffentlicht. Danach werden wir uns dann vertieft in diesem Ausschuss mit den Ergebnissen beschäftigen.

Innenausschuss (28.)

17.01.2019

Integrationsausschuss (29.)

Gemeinsame Sitzung (öffentlich)

Ich danke Ihnen allen, die Sie dieser Anhörung beigewohnt haben, zugehört haben, sich beteiligt haben.

Ich schließe die Sitzung und freue mich, Sie alle gesund und munter um 13:30 Uhr zur nächsten Sitzung wieder hier begrüßen zu dürfen.

gez. Daniel Sieveke
Vorsitzender

Anlage

30.01.2019/05.02.2019

90

Anhörung von Sachverständigen
Sitzung des Innenausschusses und des Integrationsausschusses

**Prävention und Repression – Für eine stimmige Gesamtstrategie
gegen Salafismus in Nordrhein-Westfalen**

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP, Drucksache 17/2750
Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Drucksache 17/3730

am Donnerstag, dem 17. Januar 2019
11:00 bis 12:30 Uhr, Raum E 3 A 02, Livestream

T a b l e a u

eingeladen	Redner/in Weitere Teilnehmer/-innen	Stellungnahme
Marwan Abou-Taam Landeskriminalamt Rheinland-Pfalz Mainz	keine Teilnahme	-
Dr. phil. Michael Kiefer Institut für Islamische Theologie Universität Osnabrück	Dr. phil. Michael Kiefer	17/1054
Kenan Kücük Geschäftsführer Multikulturelles Forum e.V. Lünen	Kenan Kücük	17/1092
